

Bern, den 9. November 1954

AN DEN SCHWEIZERISCHEN BUNDESRAT

Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Uebernahme von Personen an der Grenze.

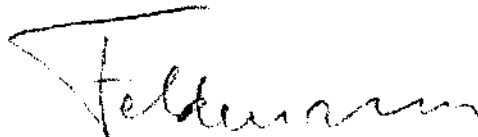
Durch Beschluss vom 19. Oktober 1954 hat der Bundesrat eine schweizerische Delegation, bestehend aus den Herren Dr. H. Rothmund, Chef der Polizeiabteilung (Delegationschef), Regierungsrat F. Brechbühl, Polizeidirektor des Kantons Basel-Stadt, Dr. O. Schürch, I. Adjunkt der Polizeiabteilung, Oberstlt. E. Maudenschild, Polizeikommandant des Kantons Thurgau, Dr. R. Tschoppät, II. Adjunkt der Polizeiabteilung, Sprechender F.A. Fussbaumer, Jurist beim Politischen Departement, und Pol. Oblt. Harthaler, Polizeikommando des Kantons Zürich, beauftragt, Verhandlungen mit Deutschland über die Uebernahme von Personen an der Grenze zu führen. Er hat die Delegation ermächtigt, ein Abkommen über diesen Verhandlungsgegenstand abzuschliessen unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Bundesrat.

Wir gestatten uns, Ihnen den Bericht der Delegation sowie das am 25. Oktober 1954 paraphierte Abkommen vorzulegen. Aus diesen Unterlagen geht hervor, dass die Delegation die Verhandlungen im Sinne der Instruktion des Bundesrates geführt hat. Wir erlauben uns, Ihnen deshalb zu beantragen:

1. - Der Bundesrat möge in zustimmendem Sinne vom Bericht der Delegation Kenntnis nehmen.
2. - Der Bundesrat möge das paraphierte Abkommen genehmigen.
3. - Das Eidgenössische Politische Departement sei zu beauftragen, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne von Abschnitt C, Ziff. 3, des Abkommens durch eine Note die Zustimmung des Bundesrates bekanntzugeben.

4. - Das Departement sei zu beauftragen, die Kantone in geeigneter Form über das Abkommen zu unterrichten.
5. - Das Abkommen sei im Bundesblatt zu veröffentlichen.

EIDGENÖSSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT



Beilagen:

- 1 Bericht der Delegation
- 1 Uebereinkommen

Protokollauszüge an

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, 5 Bx.
- Eidgenössisches Politisches Departement.